

Zeitumstellung in der EU: Politik blockiert endgültigen Beschluss!

Die EU diskutiert seit Jahren über die Abschaffung der Zeitumstellung, während Österreich für dauerhafte Sommerzeit plädiert.



Brüssel, Belgien - Die Debatte über die Zeitumstellung in der Europäischen Union bleibt festgefahren. Trotz eines Vorschlags der EU-Kommission aus dem Jahr 2018, der die Abschaffung der saisonalen Zeitanpassung vorsah, gibt es weiterhin keine Einigung unter den Mitgliedstaaten. Am letzten Sonntag im März wird erneut die Uhr um eine Stunde vorgestellt, während Österreich eine dauerhafte Sommerzeit favorisiert. Der Vorschlag lässt den Ländern die Wahl zwischen der permanenten Sommer- oder Winterzeit. Doch, wie **kosmo.at** berichtet, sind viele Länder zögerlich, da sie eine einheitliche Zeitzone bevorzugen, um wirtschaftliche Nachteile zu vermeiden.

Eine EU-weite Umfrage zeigt, dass 84 Prozent der Befragten für ein Ende der Zeitumstellung sind, wobei die Mehrheit eine dauerhafte Sommerzeit bevorzugt. Besonders die Deutschen interessieren sich für dieses Thema, da sie mit rund drei Millionen von 4,6 Millionen Teilnehmern führend in den Umfragen sind. Laut **br.de** haben die politischen Akteure seit 2019 nicht mehr ernsthaft über die Thematik diskutiert. Wichtige Herausforderungen wie die Folgen der Corona-Pandemie und der Ukraine-Krieg stehen hingegen im Vordergrund der politischen Agenda.

Politische Blockaden und gesundheitliche Bedenken

Die Gegner der Zeitumstellung führen gesundheitliche Probleme und vermutete Verkehrsunfälle als Hauptargument gegen die Praxis an. Experten warnen, dass die zweimalige Umstellung negative Auswirkungen auf den Biorhythmus der Menschen haben kann. Trotzdem hat sich bis jetzt keine der EU-Regierungen durchgerungen, eine endgültige Entscheidung zu treffen, was dazu führt, dass die Bürger weiterhin alle sechs Monate ihre Uhren umstellen müssen. Die europäische Vorschrift verlangt zudem eine koordinierte Vorgehensweise, um ein Durcheinander von verschiedenen Zeitzonen zu vermeiden, was die politischen Entscheidungsträger zusätzlich unter Druck setzt.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Brüssel, Belgien
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.kosmo.at• www.br.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at